

## Unterrichtung

durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes

### Bericht des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung des Preisindex der parteitypischen Ausgaben für das Jahr 2009

Hiermit lege ich gemäß § 18 Absatz 6 Satz 2 Parteiengesetz (PartG) dem Deutschen Bundestag den Bericht über die Entwicklung des Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben (Parteien-Index) für das Jahr 2009 vor:

1. § 18 Absatz 6 Satz 3 des Parteiengesetzes sieht als Grundlage des Parteien-Index zu einem Wägungsanteil von 70 Prozent den allgemeinen Verbraucherpreisindex und zu einem Anteil von 30 Prozent den Index der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten bei Gebietskörperschaften vor.
2. Ab dem 1. Januar 2009 werden die Tarifindizes auf der Basis 2005=100 berechnet. Die fachliche Gliederung erfolgt jetzt nach der „Klassifikation der Wirt-

schaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)“. Ferner werden auf der neuen Basis neben Angestellten auch Arbeiter im Index berücksichtigt. Deshalb weichen die neu ermittelten Jahreswerte für 2006, 2007 und 2008 leicht von den früher gemeldeten Daten ab.

3. Der Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben hat sich vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 um 1,1 Prozent erhöht. Weitere Informationen sind der unten stehenden Tabelle zu entnehmen.
4. Die Entwicklung der gesetzlichen Obergrenze der Gesamtausgaben für die Parteienfinanzierung ist anliegend dargestellt.

Jahr	Verbraucher-Preisindex	Index der tariflichen Monatsgehälter in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung		Parteien-Index	Veränderungsrate des Parteien-Index im Vergleich zum Vorjahr
		2005 = 100			
		Wägungsanteil am Parteien-Index			
		70 %	30 %		
2005	100,0	100,0	100,0		
2006	101,6	100,1	101,2	1,2 %	
2007	103,9	100,3	102,8	1,6 %	
2008	106,6	105,7	106,3	3,4 %	
2009	107,0	108,8	107,5	1,1 %	

Wiesbaden, den 31. März 2010

Roderich Egeler  
(Präsident)

**Anlage**

Statistisches Bundesamt

Wiesbaden, den 31. März 2010

**Entwicklung der absoluten Obergrenze gemäß § 18 Absatz 2 PartG**

Der Betrag der absoluten Obergrenze im Sinne von § 18 Absatz 2 des Parteiengesetzes hat bis zum Stand des aktuellen Berichts an den Deutschen Bundestag folgende Entwicklung genommen:

- Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 (BVerfG 85 264, 291) kann das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausgezahlt werden darf (absolute Obergrenze), mit Rücksicht auf die Veränderung des Geldwertes, sofern es notwendig ist, angepasst werden. Dabei beträgt die Höhe der Preisveränderung die Obergrenze der möglichen Anpassung.
- Die Neufassung des Parteiengesetzes vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149) hatte die absolute Obergrenze zunächst auf 230 Mio. Deutsche Mark (umgerechnet ca. 117,6 Mio. Euro) festgelegt.
- Mit dem 7. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 17. Februar 1999 (BGBl. I S. 146) wurde die absolute Obergrenze mit Wirkung vom 1. Januar 1998 auf 245 Mio. Deutsche Mark (umgerechnet ca. 125,3 Mio. Euro) festgelegt.
- Mit dem 8. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 28. Juni 2002 (BGBl. I S. 2268) wurde die absolute Obergrenze zum 1. Juli 2002 auf 133 Mio. Euro festgelegt.
- Das 9. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3673) sah keine Erhöhung der absoluten Obergrenze vor.